

Frühjahrssession 2022 Sessionsrückblick - 1. Woche



Ukraine

Der Nationalrat fordert in einer Erklärung einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine. Den "völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der politischen und militärischen Führung Russlands gegen die Ukraine" verurteilt der Nationalrat gemäss dem Text zudem "aufs Schärfste". Er verabschiedete seine Erklärung zu Beginn der Frühjahrssession, gegen den Willen eines Teils der SVP-Fraktion. Die Behandlung der Erklärung im Nationalrat verfolgte eine Zweierdelegation der ukrainischen Botschaft auf der Tribüne im Saal mit. Das Geschäftsreglement des Nationalrats erlaubt es der grossen Kammer, "zu wichtigen Ereignissen oder Problemen der Aussen- oder Innenpolitik" eine Erklärung abzugeben. Rechtlich bindend sind derartige Erklärungen für die Landesregierung nicht, sie sind aber politisch bedeutsam.

Die Frühlingsession begann im Nationalrat mit einer Schweigeminute für die Opfer des russischen Angriffs:



Bild: Alessandro della Valle/keystone-sda.ch

Vereidigungen

Der Nationalrat hat zwei neue Mitglieder. Benjamin Fischer (SVP/ZH) und Raphaël Mahaim (Grüne/VD) haben den Amtseid respektive das Amtsgelübde abgelegt. Betriebsökonom Fischer ist Parteipräsident der SVP des Kantons Zürich und ersetzt Hans-Ueli Vogt, der Ende 2021 zurücktrat. Vogt war sechs Jahre lang Nationalrat. Der promovierte Jurist und Anwalt Mahaim ist Nachfolger von Daniel Brélaz, der 1979 als erster Grüner in den Nationalrat gewählt worden war. Damit war Brélaz auch der erste grüne Parlamentarier Europas.



Gesundheit

Der Nationalrat will nun doch ein Monitoring mit Korrekturmöglichkeiten im Gesundheitswesen. Daran beteiligen sollen sich alle Leistungserbringer, auch die Kantone sollen einbezogen werden. Der Rat kam am Montag auf einen bereits in beiden Räten gefällten Beschluss im Rahmen der Vorlage zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen zurück. Denn beide Kammern hatten diese vom Bundesrat beantragte Kostensteuerung 2021 mit knappen Mehrheiten aus der Vorlage gestrichen. Der Nationalrat entschied nun aber erneut, weil die vorberatende Kommission auf diesen früheren Entscheid zurückgekommen war, die Mehrheit aber schliesslich doch beantragte, den Passus wegzulassen. Doch mit 103 zu 87 Stimmen und bei fünf Enthaltungen setzte sich die Minderheit durch. Die Vorlage geht wieder an den Ständerat.

Schweiz – Tunesien

Das Parlament hat dem Abkommen über soziale Sicherheit mit Tunesien zugestimmt. Der Nationalrat hiess es als Zweitrat gut, gegen den Willen der SVP-Fraktion. Die grosse Kammer fällt ihre Entscheid mit 134 zu 54 Stimmen ohne Enthaltung. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Das Abkommen koordiniert die Alters-, Hinterlassenen- und Invaliditätsvorsorge der beiden Staaten und regelt die Auszahlung von Renten ins Ausland. Die SVP-Fraktion hatte auf das Abkommen nicht eintreten wollen, blieb mit einem entsprechenden Antrag aber ohne Erfolg.

Digitales Impfbüchlein

Der Bundesrat soll einen elektronischen Impfausweis ausarbeiten. Für die Erstellung sollen die Erfahrungen mit dem Covid-Zertifikat genutzt werden. Der Nationalrat stimmte einer entsprechenden Motion mit 141 zu 41 Stimmen bei drei Enthaltungen zu. Die Covid-Krise habe eindrücklich gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung sei, sagte Motionär Marcel Dobler (FDP/SG). Es sei wohl klar, dass ein elektronisches Impfbüchlein, das jederzeit verfügbar sei, sinnvoll sei. Dieses solle aber freiwillig sein und ein papierner Impfausweis weiterhin möglich sein. Jean-Luc Addor (SVP/VS) stellte sich dem Anliegen entgegen. Das Covid-Zertifikat sei ein Zeichen der Diskriminierung gewesen, sagte er. Es stelle sich die Frage, ob sich das nicht wiederholen werde. Die Motion geht an den Ständerat.

Stopfleberverbot

Der Nationalrat will ein Importverbot für Stopfleber. Er hat eine entsprechende Motion von Martin Haab (SVP/ZH) mit 119 zu 61 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen. Der Vorstoss geht in den Ständerat. Nur noch in Ländern wie Frankreich, Ungarn oder Bulgarien sei die umstrittene Praxis noch üblich, sagte Haab. Die Gänse und Enten erlitten durch das Stopfen enorme und unnötige Qualen. Der Bundesrat hält nichts von einem Importverbot, arbeitet aber an einer obligatorischen Deklaration für ausländische Erzeugnisse, die nach Methoden produziert werden, die in der Schweiz verboten sind. Die Konsumentinnen und Konsumenten könnten sich so jederzeit über die Rahmenbedingungen der Herstellung informieren. Es sei sachgerechter, die transparente Deklaration sicherzustellen, damit die Konsumenten einen informierten Kaufentscheid treffen könnten.

Nachtragskredite

Der Nationalrat hat zusätzliche Gelder zur Bewältigung der Corona-Pandemie bewilligt.



Er genehmigte am Dienstag drei Nachtragskredite im Umfang von insgesamt 3,4 Milliarden Franken. 1,7 Milliarden Franken entfallen auf den Corona-Erwerbssersatz, 900 Millionen Franken auf den Bundesanteil an der Härtefallhilfe und 800 Millionen Franken auf den Bundesbeitrag an die Arbeitslosenversicherung für die Kurzarbeitsentschädigung. Die SVP wollte die Kredite für den Corona-Erwerbssersatz und die Härtefallhilfen für Unternehmen um je die Hälfte kürzen, unterlag damit aber im Rat. Nun ist der Ständerat am Zug. Er wird sich noch in der Frühjahrssession mit den Nachtragskrediten befassen.

Wolf

Der Nationalrat will zusätzliche 5,7 Millionen Franken für den Schutz vor dem Wolf zur Verfügung stellen. Er hat einem entsprechenden Nachtrag zum Budget 2022 zugestimmt. Unterstützt wurde die Idee im Rat von der SVP, der Mitte und Teilen der Grünen-Fraktion. SP, FDP und GLP anerkannten zwar das Anliegen, waren aber der Meinung, es fehle die nötige Rechtsgrundlage. Das Geschäft geht an den Ständerat.

Schweiz – Italien

Die Schweiz behält künftig achtzig Prozent der Quellensteuern, die auf das Einkommen von italienischen Grenzgängern erhoben werden. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat grünes Licht gegeben für die Ratifizierung eines entsprechenden Steuerabkommens. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmungen. Die Regierungen der beiden Länder hatten das Abkommen im Dezember 2020 nach langjährigen Verhandlungen unterzeichnet. Damit soll hauptsächlich eine Doppelbesteuerung vermieden werden. Im italienischen Parlament ist laut Finanzminister Ueli Maurer keine Opposition zu erwarten, wodurch das Abkommen bald in Kraft treten könnte.

Banken

Der Bundesrat soll prüfen, wie die Finanzmarktaufsicht (Finma) künftig härter gegen fehlbare Manager vorgehen könnte. Dies fordert der Nationalrat mit einem überwiesenen Postulat von Nationalrat Gerhard Andrey (Grüne/FR). Dieser argumentiert, dass Skandale dem Ansehen des Schweizer Finanzplatzes schaden. Andere Länder versuchten mit neuen Ansätzen, Missmanagement zu sanktionieren. Nun solle die Schweiz nachziehen. Der geforderte Bericht sei ein erster Schritt in diese Richtung. Im Nationalrat kam die Forderung Andreys gut an. Die grosse Kammer überwies das entsprechende Postulat mit 134 zu 51 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Nur die SVP war geschlossen dagegen.

Versicherungen

Bei Versicherungsstreitigkeiten soll sich die Branche weiterhin selber organisieren können. Dieser Meinung ist der Nationalrat. Anders als Bundesrat und Ständerat will er nichts wissen von einer generellen Einführung der Ombudspflicht. Die bürgerliche Mehrheit argumentiert mit dem Subsidiaritätsprinzip. Demnach soll der Staat erst etwas regeln, wenn die Freiwilligkeit nicht funktioniert. Seit Jahrzehnten betreiben die Privatversicherer auf freiwilliger Basis zwei Ombudsstellen. Die Vorlage geht nun mit insgesamt fünf Differenzen zurück an den Ständerat. Das Geschäft soll während der laufenden Session bereinigt werden.



Bundesfinanzen

Der finanzielle Handlungsspielraum des Bundes wird wegen der stetig wachsenden gebundenen Ausgaben immer kleiner. Der Nationalrat ist besorgt und verlangt vom Bundesrat, mögliche Gegenmassnahmen zu prüfen. Die grosse Kammer hat ein entsprechendes Postulat an den Bundesrat überwiesen - mit 98 zu 71 Stimmen bei 2 Enthaltungen. In einem Bericht soll die Landesregierung nun Vorschläge machen, um zu verhindern, dass die stark gebundenen Ausgaben schneller wachsen als die Bundeseinnahmen. Das Problem sei bekannt, mögliche Lösungsansätze seien skizziert, konkrete Finanzminister Ueli Maurer erfolglos. Er dämpfte die Erwartungen an den Bericht sogleich. Dieser werde keine zusätzlichen Erkenntnisse liefern.

Landwirtschaft

Der Nationalrat öffnet die Tür in der umstrittenen Frage der Genom-Editierung einen Spalt breit. Der Bundesrat soll bis Mitte 2024 Zulassungsregeln vorlegen, wie gentechnisch veränderte Organismen ohne transgenes Erbmaterial vom Moratorium ausgenommen werden können. Die Ausnahme soll allerdings nur gelten, sofern sie einen Mehrwert für Landwirtschaft, Umwelt und Konsumierende gegenüber herkömmlichen Züchtungsmethoden bringt. Die Mehrheit möchte so "die Tür für diese Technologien nicht geschlossen halten", wie sie es formulierte. Die grosse Kammer hat dem entsprechenden Kompromissvorschlag ihrer vorberatenden Kommission mit 112 zu 74 Stimmen zugestimmt. Im September hatte der Nationalrat noch sehr deutlich für eine Verlängerung des Gentech-Moratoriums bis Ende 2025 ohne Ausnahmen votiert. Die Vorlage geht zurück an den Ständerat.

Velowege

Dreieinhalb Jahre nach der Annahme des Bundesbeschlusses über die Velowege durch Volk und Stände steht das neue Veloweggesetz. Der Nationalrat hat die letzte kleine Differenz bereinigt. Damit ist das Geschäft bereit für die Schlussabstimmungen. Die Vorlage verpflichtet die Kantone, innert fünf Jahren ein Velowegnetz zu planen und dieses innert weiteren 15 Jahren zu realisieren. Das Gesetz definiert verschiedene Grundsätze, wie dies zu erfolgen hat. Velowegnetze müssen beispielsweise "im Grundsatz" zusammenhängend und durchgehend sein, die Wege sollen sicher und attraktiv sein.

Strafprozess

Bei der Revision der Strafprozessordnung sind sich die Räte weiterhin nicht einig, ob Beschuldigte an Einvernahmen anderer Beschuldigter teilnehmen dürfen. Nach geltendem Recht dürfen alle Parteien im Verfahren bei allen Beweiserhebungen dabei sein. Der Bundesrat und auch der Ständerat möchten das Teilnahmerecht von Beschuldigten an Einvernahmen einschränken, also etwa Zeugen oder Personen, die im selben Verfahren beschuldigt sind. Der Nationalrat hingegen will bei der heutigen Regelung bleiben, um faire Verfahren zu garantieren. Aus der Vorlage gestrichen hat der Nationalrat das Konzept der restaurativen Gerechtigkeit. Vom Tisch ist diese nicht, denn der Nationalrat überwies eine Motion für eine separate Vorlage. Die Revision der Strafprozessordnung geht wieder an den Ständerat.

Konkurse

Auch staatliche Gläubiger müssen Schuldner neu auf Konkurs betreiben und können nicht auf eine Pfändung ausweichen. In diesem Sinne hat der Nationalrat die letzte inhaltliche Differenz zum Ständerat im Rahmen der Revision des Konkursgesetzes mit 94 zu 77 Stimmen bei 3 Enthaltungen bereinigt.



Das Geschäft geht trotzdem wegen einer letzten offenen formalen Differenz noch einmal zurück an den Ständerat. Das Herzstück der Vorlage bilden Massnahmen im Strafrecht. Mit einem Tätigkeitsverbot wird Missbräuchen der Riegel geschoben. Ergänzend sollen präventive Massnahmen im Obligationen- sowie im Schuldbetreibungs- und Konkursrecht hinzukommen. So soll die Öffentlichkeit nach den im Handelsregister eingetragenen Personen suchen und die Funktionen der Gesuchten sehen können.

Gletscherinitiative

Der Nationalrat stellt sich hinter den direkten Gegenvorschlag des Bundesrats zur Gletscher-Initiative, mindestens vorläufig. Denn eigentlich hätten viele Ratsmitglieder lieber gesetzlich verankerte Klimaziele und -massnahmen ohne Umweg über die Verfassung. Zur Initiative empfiehlt der Nationalrat ein Nein. Den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates nahm der Nationalrat am Donnerstag mit 104 zu 67 Stimmen bei 21 Enthaltungen an. Die Nein-Stimmen kamen von den Grünen und Mitgliedern der SVP-Fraktion, die Enthaltungen fast durchwegs aus der SVP. Mit 99 zu 89 Stimmen und bei 4 Enthaltungen beschloss der Rat seine Stimmempfehlung: ein Ja zum Gegenvorschlag, ein Nein zur Initiative.

Gegen Verbot von fossilen Energieträgern

Die Volksinitiative "Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative)" verlangt eine klimaneutrale Schweiz ab 2050. Ab 2050 sollen auch keine fossilen Brenn- und Treibstoffe wie Öl, Gas, Benzin, Diesel und Kohle mehr in Verkehr gebracht werden dürfen. Ausnahmen soll es nur geben, wenn keine andere technische Variante zur Verfügung steht.

Grüne, SP und GLP stellten sich hinter das Volksbegehren. Mitte, FDP, aber ebenso SP und GLP unterstützten den weniger scharf formulierten direkten Gegenvorschlag des Bundesrates. Zwar will auch die Regierung das "Netto Null"-Ziel 2050 in die Verfassung schreiben. Fossile Brenn- und Treibstoffe will sie dabei aber nicht verbieten, sondern den Verbrauch vermindern, soweit dies technisch machbar, für die Wirtschaft tragbar und mit der Sicherheit des Landes vereinbar ist. SVP-Vertreterinnen und -Vertreter äusserten sich gegen die Initiative - sie wecke die Illusion, dass Gletscher gerettet werden könnten - und den Gegenvorschlag. "Sie alle nutzen fossile Energiequellen", sagte Albert Rösti (SVP/BE) zum Kollegium. Wollte man aus den "Fossilen" aussteigen, brauche es zuerst Alternativen.

Gegenvorschlag angepasst

Den vom Bundesrat verfassten Gegenvorschlag passte der Nationalrat in mehreren Punkten an. Umstritten war zunächst, ob ein linearer Absenkpfad für Treibhausgasemissionen vorgegeben werden soll. So beantragte es der Bundesrat. Der Mehrheit der Umweltkommission (Urek-N) war dies aber zu wenig differenziert. Sie wollte das Wort "linear" streichen mit Blick auf die technische Entwicklung und unterschiedliche Voraussetzungen einzelner Branchen. Eine Minderheit hätte zunächst vorgehen wollen wie der Bundesrat. Sie zog aber ihren Antrag zurück zugunsten einer von Marco Romano (Mitte/TI) vorgeschlagenen verbindlicheren Formulierung mit Zwischenzielen und einer "über die Zeit gleichmässigen Reduktion der Emissionen". Der Rat stimmte Romano fast einhellig zu.

Eine zweite Minderheit hätte "Netto Null" bereits 2040 und spätestens 2050 erreichen wollen. Die Zahl 2040 statt 2050 zu setzen, sei nicht kosmetisch, sondern dringend nötig, sagte Sprecherin Delphine Klopfenstein Broggini (Grüne/GE) dazu. Die Minderheit unterlag jedoch.

Erfolg hatte weiter ein Antrag von Jon Pult (SP/GR), der für die Berggebiete spezifische Hilfe bei der Dekarbonisierung forderte. Auf die Berg- und Randregionen Rücksicht nehmen will indes auch der direkte Gegenvorschlag des Bundesrates.



Roger Nordmann (SP/VD) hätte spätestens sechs Monate nach einem Ja zum Verfassungsartikel ein Programm für den Ersatz von Gas-, Öl- und Elektrowiderstand-Heizungen gewollt. 500 Millionen Franken pro Jahr hätten zur Verfügung stehen und das Programm über sieben Jahre laufen sollen. Sein Antrag wurde knapp abgelehnt.

Unbekannte im Raum

Etliche Ratsmitglieder bekannten indes, aus taktischen Gründen für die vom Bundesrat beantragten Verfassungsbestimmungen zu stimmen. Sie wollten damit Zeit gewinnen für einen indirekten Gegenvorschlag. An einem solchen arbeitet zurzeit die Umweltkommission des Nationalrates (Urek-N), und er war sozusagen die Unbekannte im Raum.

Auf dem Gesetzesweg will die Urek-N rascher zum "Netto Null"-Ziel kommen als mit dem Umweg über die Verfassung. Dazu äussern kann sich der Rat allerdings erst im Sommer 2022. Stillschweigend verlängerte er auf Antrag der Urek-N die Behandlungsfrist für die Initiative bis Anfang August 2023. Das Parlament wolle lieber einen indirekten Gegenvorschlag, stellte Umweltministerin Simonetta Sommaruga am Schluss der Debatte fest. Der Bundesrat könne sich anschliessen, denn es sei wichtig, Ziele und Massnahmen für deren Erreichung festzulegen. "Ob Gesetz oder Verfassung - wichtig ist, dass wir es tun", sagte Sommaruga. Die Vorlage geht an den Ständerat.

Sonderdebatten zur Ukraine-Krise

Sowohl der National- als auch der Ständerat werden in der Frühlingssession Sonderdebatten zum Krieg in der Ukraine führen. Dabei wird es unter anderem um eine mögliche Aufstockung der Mittel für die Armee, die Sanktionspolitik, die Hilfe für Geflüchtete oder um den Verkauf der RUAG Ammotec gehen. Das Büro des Nationalrats hat eine Reihe von Interpellationen aus allen Fraktionen für dringlich erklärt, wie die Parlamentsdienste am Donnerstag auf dem Kurznachrichtendienst Twitter mitteilten.

Die grosse Kammer diskutiert die Vorstösse am 16. März. Die Sonderdebatte im Ständerat findet einen Tag zuvor statt, am Morgen des 15. März. Beschlüsse sind in den beiden Räten nicht zu erwarten. Formal geht es um die Beantwortung von Fragen aus dem Parlament durch den Bundesrat.

Bern, im März 2022

David Zuberbühler